

## **Beschluss des Landrats vom 11.05.2023**

Nr. 2161

### **15. Beschäftigungswachstum Verwaltung versus Privatwirtschaft** 2022/547; Protokoll: pw

**Saskia Schenker** (FDP) verlangt die Diskussion.

://: Der Diskussion wird stattgegeben.

Es gebe verschiedene Studien auf Bundesebene, so **Saskia Schenker** (FDP), die aufzeigten, dass die Anzahl der Bundesangestellten in Vollzeitäquivalenten seit dem Jahr 2012 deutlich schneller wachse als die Schweizer Bevölkerung. In der Interpellation wurden verschiedene Fragen gestellt, wie dies im Kanton Basel-Landschaft aussieht. In den Jahren 2012 bis 2021 gab es bei der Bundesverwaltung ein unglaubliches Wachstum der Angestellten von 14 %. Gemäss dem Bundesamt für Statistik wächst die Zahl der Verwaltungsangestellten schweizweit rascher als die Beschäftigung in der Privatwirtschaft. Dies sind besorgniserregende Entwicklungen. Wächst die Verwaltung stärker als die Privatwirtschaft, dann stellt sich irgendwann die Frage, wer die Verwaltungsangestellten finanziert respektive woher die Wertschöpfung noch kommt. Es gilt also, das Gleichgewicht zu halten. Die Zahlen des Kantons Basel-Landschaft sehen auf den ersten Blick nicht schlecht aus. Wird nur die Kernverwaltung anschaut, dann beträgt das Personalwachstum in Vollzeitäquivalenten «nur» 1,4 %. Darin enthalten ist aber auch der Rückgang von rund 170 Vollzeitstellen von 2015 auf 2016 in der Bildung, als die Sekundarschulzeit von vier auf drei Jahre gekürzt wurde. Auch mit Blick auf die übrigen Bereiche relativieren sich die 1,4 %. Alleine bei den Gerichten gab es ein Wachstum von 10,5 %. Die FKD ist um 18,7 % gewachsen – das ist also höher als das Wachstum bei der Bundesverwaltung –, die VGD um 32,4 % und die besonderen Behörden wuchsen um 38,5 %. Es gibt einzelne Bereiche, die genauer angeschaut werden sollten. Zur Privatwirtschaft hat Saskia Schenker vom Statistischen Amt zwei unterschiedliche Zahlen erhalten: 5,5 % und 6,1 %. Gewisse Direktionen überschreiten somit das Wachstum in der Privatwirtschaft stark. Ferner wurde viel Arbeit in öffentlich-rechtliche Unternehmen ausgelagert. Dies muss natürlich miteinbezogen werden – ein Dank an die Verwaltung, die darauf aufmerksam gemacht hat. Bezieht man die Einheiten mit ein, die früher Teil der Kernverwaltung waren – Spitäler, öffentlicher Verkehr und Bildung –, beträgt das Wachstum 7,4 %. Die BLKB wurde aussen vor gelassen, da sie den Kanton nichts kostet, sondern Geld erwirtschaftet. Fazit: Es gibt auch im Kanton Basel-Landschaft ein grösseres Wachstum in der Verwaltung als in der Privatwirtschaft. Deshalb sollten beim Landrat die Alarmlampen rot leuchten. In der Kernverwaltung muss insbesondere bei der FKD, der VGD, den besonderen Behörden und bei den Gerichten genauer hingeschaut werden. Saskia Schenker erwartet, dass der Regierungsrat, die Gerichte und die besonderen Behörden eine klare Strategie festlegen, damit man das Wachstum künftig im Griff hat und dass vor allem ein Gleichgewicht im Vergleich mit der Privatwirtschaft beibehalten werden kann. Denn nur so bleibt der Kanton mittel- und langfristig finanziell auf gesunden Beinen.

**Hanspeter Weibel** (SVP) dankt Saskia Schenker für die Ausführungen und die Interpellation. Es ist hervorragend, dass sie das Thema angeschnitten und darauf aufmerksam gemacht hat, worauf ein Auge haben sollte. Der Landrat müsste aber bitte auch auf sich selber ein Auge haben. All die eingereichten Interpellationen und Vorstösse müssen irgendwo behandelt werden und viele Anträge, die angenommen werden, führen zu einer Aufblähung der Verwaltung. Der Landrat ist selbst eine Quelle des überschaubar produktiven Wachstums.

Ein Beispiel: Hanspeter Weibel hatte mit Regierungsrat Anton Lauber vor ein paar Tagen einen

kurzen E-Mail-Austausch. Er hatte festgestellt, dass im neuen E-Tax etwas systematisch falsch läuft und hat dies Regierungsrat Lauber gemeldet. Daraufhin hat er die Antwort erhalten, der Hinweis werde aufgenommen und prioritär behandelt. Hanspeter Weibel hätte zum Thema aber auch einen Vorstoss einreichen können, dann hätten alle etwas dazu sagen können etc. Die E-Mail war jedoch die effizientere Lösung.

**Urs Roth** (SP) findet die Interpretation der Zahlen durch Saskia Schenker nicht sehr berauschend. Beispielsweise befand sich die VGD im Jahr 2021 mitten in der Pandemie und es handelt sich beim Wachstum in dieser Zeit grösstenteils um befristete Stellen. Hier werden Äpfel mit Birnen verglichen.

Urs Roth ist Geschäftsführer der Spitex und auch dieser könnte vorgeworfen werden, das Stellenwachstum sei unverhältnismässig. Aber natürlich gibt es mehr Stellen in diesem Bereich aufgrund der demografischen Entwicklung. Das gleiche gilt für die Spitäler, wobei die Privatspitäler ebenfalls mehr Stellen geschaffen haben. Das «Bashing» öffentlich vs. privat ist nicht seriös und ist in aller Form zurückzuweisen.

://: Die Interpellation ist erledigt.

---